

hans martin seydel
vorderbruchweg 14
d 46562 voerde

27.09.2019

Seydel Vorderbruchweg 14 D 46562 Voerde

Stadt Voerde
Rathausplatz 20
46562 Voerde



230.00

Bürgerantrag „Die Stadt braucht eine Begründerrichtlinie“

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend erhalten Sie einen Bürgerantrag.

mit freundlichen Grüßen

(Hans Martin Seydel)

Die Stadt braucht eine Begrünungsrichtlinie

Gerade ist der zweite Rekord-Hitze Sommer zu Ende gegangen. Unerträgliche Temperaturen gab es besonders da, wo Steine und Beton die Wärme festhielten. Unter den Strahlen der unbittlichen Sonne konnte niemand es lange aushalten. Nur im Schatten großer Bäume war ein längerer Aufenthalt im Freien möglich.

Bäume geben Schatten, ihre Verdunstung kühlt die Luft und sie verbrauchen CO₂, den Hauptverursacher für den Klimawandel. Man sollte meinen, dass allenthalben in den Städten Bäume gepflanzt werden, um angesichts der Klimaveränderung das Leben im öffentlichen Raum erträglich zu halten und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Leider ist oft das Gegenteil der Fall. Bei der Erneuerung der Dinslakener Straße in Voerde ist anscheinend – außer vielleicht im Kreisverkehr – kein einziger Baum vorgesehen. Dort, wo Anlieger an den Ausbaurkosten beteiligt werden müssen, gehen die Interessen der Allgemeinheit unter, wenn Kosten eingespart werden können. Das wurde deutlich bei der Diskussion über den Ausbau der Taubenstraße in Dinslaken oder bei ähnlichen Fällen in Möllen. Dort kann man hier und da erhöhte Pflasterflächen bewundern, zugestrichelte Baumbeete, weil die Anlieger keine Bäume wollten. Für die Qualität unserer Straßen wäre es sicher besser, wenn die Anlieger bei Sanierungen nicht mehr an den Kosten beteiligt würden.

Im Interesse aller sollte diesen Fehlentwicklungen ein Ende gemacht werden. Es ist ja nicht die fehlende Einsicht bei den städtischen Planern, die immer wieder zu „baumfreien“ Baumaßnahmen führen. „Keine Bäume“ spart Kosten und verhindert Konflikte mit den zahlreichen Leitungen, die in den Straßen verlegt sind. Die Verwaltungen unterliegen dem Sparzwang und stehen gegenüber den vielfach allein kostenbewussten Bürgern auf schwachem Posten.

Daher müssen die Räte tätig werden in Verantwortung für das allgemeine Wohl.

Die Lösung besteht in der Verabschiedung einer „Richtlinie“, die festlegt,

- dass Bäume im öffentlichen Raum vorrangig zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen sind;
- dass bei Baumaßnahmen pro z.B. 200 qm öffentlicher versiegelter Fläche mindestens ein Laubbaum zu pflanzen ist;
- dass davon Ausnahmen nur gemacht werden können, wenn Bäume bereits vorhanden sind, wenn die Verkehrsabwicklung einschließlich Zufahrten den

gesamten verfügbaren Raum beansprucht oder wenn die Dichte vorhandener Leitungen auch bei Einbau geeigneter Schutzmaßnahmen eine Baumpflanzung nicht zulässt;

- dass über die Umsetzung der Richtlinie dem Stadtrat regelmäßig zu berichten ist.

Als Richtlinie wäre es keine unmittelbar bindende Vorschrift. Dadurch sind Anpassungen an Einzelfälle möglich und es wird bürokratischer Aufwand vermieden. Es müsste jedoch sehr gute Gründe geben, wenn von der Richtlinie abgewichen wird.

Ich stelle daher den **Bürgerantrag**, dass der Stadtrat sich mit der Aufstellung einer solchen Richtlinie beschäftigen möge.

Wenn Beschlüsse zum „Klimanotstand“ ernst genommen werden, dann gehören Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Grüns in den Städten ganz sicher dazu.

U.M. Lüd